

Fremdenfeindlichkeit und AfD-Wahlerfolge in Sachsen: Wie sehr spiegeln sich regionale Unterschiede in Sachsen in den Einstellungen zu Ausländern und Muslimen wider?

Prof. Dr. Karl-Heinz Reuband¹

1. Einleitung

In Sachsen hat die AfD bei der letzten Bundestagswahl 2017 mehr Stimmen auf sich vereint als jede andere Partei. 27,0 % der Zweitstimmen entfielen auf die AfD, 26,9 % auf die CDU. Die „Linke“ erhielt 16,1 % der Stimmen, im Abstand gefolgt von der SPD (10,5 %), FDP (8,2 %) und den Grünen (4,6 %). In keinem anderen Bundesland vermochte die AfD in der Bundestagswahl derart stark zu reüssieren. Und dass sich daran in der nächsten Zeit etwas ändern wird, ist keineswegs sicher: Umfragen weisen zwar der AfD für die kommende Landtagswahl im Herbst 2019 weniger Stimmen zu als der CDU, doch beläuft sich der Rückstand nur auf wenige Prozentpunkte.²

Zentrales Thema der AfD war und ist die Einwanderungs- und Flüchtlingsfrage. Und so hat es nicht an Stimmen gefehlt, die den Sachsen aufgrund der Wahlergebnisse ein übergroßes Ausmaß an Ausländerfeindlichkeit und Rechtspopulismus, wenn nicht gar Rechtsextremismus zugeschrieben haben. Die Wahlergebnisse schienen für viele Beobachter einmal mehr den Eindruck zu bestätigen, der sich vorher schon herausgebildet hatte. Und in der Tat: die NPD hatte mehrere Jahre zuvor überproportional viele Stimmen für sich mobilisieren können und es bis zur Vertretung im Landtag geschafft (vgl. u.a. Brandstetter 2007, Moritz und Staud 2016), rechtsradikale Straftaten und fremdenfeindliche Übergriffe sind in Sachsen seit längerem überproportional häufig (vgl. u.a. Backes 2016: 28, Quent 2016: 75). Und spektakuläre Proteste gegen Flüchtlinge – an Orten wie Heidenau, Freiberg oder Bautzen (vgl. u.a. Kurtenbach 2018) – haben in den letzten Jahren den Eindruck bekräftigt, es wären ausländerfeindliche Ressentiments in Sachsen weit verbreitet.

Zwei sächsische Städte haben im Zusammenhang mit Protesten gegen Flüchtlinge und Asylbewerber in jüngster Zeit in besonderem Maße die öffentliche

Aufmerksamkeit auf sich gezogen: Dresden und Chemnitz. In Dresden demonstriert seit Oktober 2014 nahezu ununterbrochen jeden Montag die fremden- und islamfeindliche PEGIDA und vermag selbst nach mehr als vier Jahren mehr als tausend Menschen zu mobilisieren.³ Keine andere Bewegung in Deutschland hat dies bislang über einen so langen Zeitraum und in einer so dichten Abfolge von Kundgebungen vermocht. Für nicht wenige Kommentatoren avancierte Dresden dadurch geradezu zur „Hauptstadt des Rassismus.“⁴ Und in Chemnitz kam es im Herbst 2018 nach dem Tod eines Chemnitzer durch Asylbewerber zu einem Protest, zu dem sich Rechtsradikale, PEGIDA- und AfD-Anhänger vereinten. In den Politik und den Medien war die Rede von „Hetzjagden“ auf Ausländer und Flüchtlinge, dass sich viele Bürger an den Protesten von AfD und Rechtsradikalen beteiligt hätten und dass rechtsradikale Tendenzen schon lange vorher in Chemnitz bestanden hätten (vgl. u.a. Der Tagesspiegel 2018).

Leipzig blieb bisher aus dem Fokus auf rechtspopulistische, rechtsextreme Tendenzen in Sachsen weitgehend ausgeklammert. Dass hängt auch damit zusammen, dass es ähnliche Ereignisse wie in Dresden und Chemnitz bislang nicht gab.⁵ In Leipzig ist eher die linksextreme Szene stark, und PEGIDA hat hier keine vergleichbare Basis aufbauen können wie in Dresden (vgl. Backes et al. 2016: 34, Yendell und Decker 2016: 64ff.). Zwar bildete sich ebenfalls in Leipzig zunächst eine Art PEGIDA Ableger heraus („LEGIDA“), doch er vermochte nur wenige Menschen zu mobilisieren und stellte seine Aktivität nach längerer Zeit der Erfolglosigkeit wieder ein.

Manche Kommentatoren meinen: es hätte sich in Leipzig kein vergleichbares Phänomen wie PEGIDA herausbilden können, weil es hier von vornherein einen starken Gegenprotest gab. Andere glauben eher an Mentalitätsunterschiede zwischen Dresden und Leipzig. Und manche glauben, es wirke bis heute nach, dass Dresden zu DDR-Zeiten einst im „Tal der Ahnungs-

³ Die Gruppe „Durchgezählt“ hat eine Zeitlang für jede PEGIDA-Kundgebung eine Schätzung der Teilnehmerzahlen vorgenommen. Dies ist seit längerem nicht mehr der Fall, es finden Zählungen nur noch sporadisch statt. Am 23. Juli 2018 zählte die Gruppe zwischen 1.400 und 1.800 Menschen, beim vierten Jahrestag im Oktober 2018 zwischen 3.200 und 4.100 Teilnehmer (mobile.twitter; Durchgezählt@durchgezählt).

⁴ So in einer An-Moderation in den ZDF Tagesthemen am 18.04.2016.

⁵ Eine Ausnahme bilden Ereignisse in Leipzig Connewitz, bei denen Rechtsradikale randalierten. Vgl. Spiegel Online vom 16.08.2018, „Prozess um rechte Randale“ (<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/leipzig-connewitz-prozess-wegen-randale-wie-im-kriegsgebiet-a-1223488.html>; Zugriff 05.12.2018).

¹ Der Autor ist Professor für Soziologie (em.), Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

² Eine Übersicht über die Parteipräferenzen in Sachsen (ebenso wie in anderen Bundesländern) auf der Basis aktueller Umfragen findet sich unter <https://dawum.de/>.

losen“ lag, abgeschnitten vom West-Fernsehen. Demgegenüber war in Leipzig nicht nur West-Fernsehen möglich, sondern es kamen auch zu internationalen Messezeiten vermehrt Ausländer in die Stadt.⁶

Nimmt man den Zweitstimmenanteil für die AfD in der letzten Bundestagswahl, so scheint es, als gäbe es in Leipzig tatsächlich eine geringere Neigung zum Rechtspopulismus und zur Fremdenfeindlichkeit als in den anderen beiden Städten. In Leipzig vermochte die AfD 18,3 % der Zweitstimmen zu holen, in Dresden waren es 22,5 %, in Chemnitz 24,3 %. Die Unterschiede gehen in die erwartete Richtung, sind aber insgesamt eher gering. Wenn die AfD höhere Wählerstimmanteile für sich verbuchen konnte, dann in den kleineren und mittelgroßen Orten Sachsens.

So vor allem in den Gemeinden und Landkreisen der „Landesdirektion“ (Regierungsbezirk) Dresden: im Wahlkreis Bautzen errang die AfD 32,8 %⁷, im Wahlkreis Görlitz 32,9 % und in der Sächsischen Schweiz 35,5 % (10 Prozentpunkte mehr als die CDU!). In manchen Gemeinden der Sächsischen Schweiz wurden sogar Werte zwischen 37 % und 40 % erreicht – in Gemeinden paradoxerweise, die auf den ersten Blick wirtschaftlich gut dastehen müssten, stellen sie doch bevorzugte Fremdenverkehrsorte in der Nähe von Dresden dar.⁸ In den Gemeinden und Landkreisen der Landesdirektion Chemnitz kam die AfD im Durchschnitt auf etwas niedrigere Werte als in der Landesdirektion Dresden: auf Anteile zwischen 26,4 % und 29,2 %. Und im Wahlkreis Leipzig-Land belief sich der Anteil mit 26,9 % ebenfalls auf einen niedrigeren Wert.⁹

⁶ Der Ausländeranteil lag 2017 in Leipzig bei 8,7 %, in Dresden bei 6,5 % und in Chemnitz bei 7,0 %. In den Landkreisen liegt er darunter, zwischen 1,9 % und 4,0 % (Sächsischer Ausländerbeauftragter 2018: 126).

⁷ Der Begriff „Landesdirektion“ ersetzt in Sachsen den früher üblichen Begriff „Regierungsbezirk“. Der Wahlkreis Bautzen besteht – ebenso wie die anderen Wahlkreise – aus mehreren Wahlkreisen auf Gemeindeebene. Im Wahlkreis Bautzen I errang die AfD in der Stadt Bautzen 32,3 % der Stimmen, im Wahlkreis Görlitz in der Stadt Görlitz 31,5 % der Stimmen (vgl. www.bundeswahlleiter.de; www.statistik.sachsen.de).

⁸ In Bad Schandau lag die AfD-Stimmenzahl bei 37 %, in Sebnitz bei 38 %, in Wehlen und Hohenstein bei 40 %. Es sind allesamt kleinere Orte mit maximal 3.600 Einwohnern. Lokale Besonderheiten sind daher nicht ausgeschlossen. Zu einer regionalisierten Analyse der Wahlergebnisse in Sachsen für die NPD in der Bundestagswahl 2004 vgl. Spier (2007). Zu den rechtsmotivierten Straftaten in den Regionen Sachsens in jüngerer Zeit vgl. Quent (2016: 81f.)

⁹ Zahlen nach www.statistik.sachsen.de (Zugriff 28.11.2018). Der niedrige Wert für Leipzig-Land schließt nicht aus, dass rechtsextreme Strukturen auch hier partiell existieren (vgl. dazu Quent 2016: 83).

2. Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Im Folgenden soll der Frage der Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit und der AfD-Wahlerfolge in Sachsen nachgegangen werden. Nach einem Vergleich mit bundesweiten Umfragen stehen die regionalen Unterschieden innerhalb Sachsens im Vordergrund der Diskussion: Wie sehr spiegeln sich in der regionalen Variation der Proteste und der Stimmenanteile für die AfD Unterschiede in den Einstellungen gegenüber Ausländern und Muslimen wider? Erweist sich Dresden als Ort der PEGIDA Kundgebungen als überproportional fremdenfeindlich? Und wie verhält es sich mit Chemnitz?

Bevölkerungsumfragen aus jüngerer Zeit, die für die drei Städte Vergleichsmöglichkeiten bieten, fehlen.¹⁰ Es gibt lediglich zwei kleinere, unabhängig voneinander entstandene Erhebungen mit Schwerpunkt auf (rechts-)politische Orientierungen der Bürger in Dresden und in Chemnitz (Fehser 2016, Rippl et al. 2016). Des Weiteren gibt es eine Leipziger Bürgerumfrage, in der einzelne Fragen zu Ausländern und Asylbewerbern gestellt wurden (vgl. Stadt Leipzig 2016: 79ff.). Da sich das Fragespektrum und die Frageformulierungen (und z.T. auch der Befragungsmodus, telefonisch vs. postalisch) unterscheiden, ist ein Vergleich der drei Erhebungen untereinander im Hinblick auf die hier diskutierten Fragen allerdings nicht möglich.

Die einzige Vergleichsoption, die sich bietet und es erlaubt, zumindest eine der drei Städte in den Fokus zu rücken – Dresden im Vergleich mit Sachsen –, stammt aus dem Jahr 2010. Sie basiert auf einer telefonischen Befragung von Einwohnern ausgewählter Ortsamtsbezirke der Stadt Dresden im Vergleich mit einer telefonischen Befragung der Bürger des Landes Sachsen (letztere basierend auf einer Kumulation mehrerer bundesweiter Umfragen der vorangegangenen Jahre). Der Vergleich legt nahe, dass die Ausländerfeindlichkeit in Dresden zu dieser Zeit niedriger lag als in Sachsen als Ganzes (vgl. Institut für Interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung 2010: 109).¹¹ Desgleichen erbrachte ein Vergleich von Dresden (im Frühjahr 2014) mit den Städten Hamburg (2011) und Düsseldorf (im Frühjahr 2014) auf der Grundlage schriftlich-postalischer Bevölkerungs-

¹⁰ Vergleichende Daten zum Thema Einstellung zu Ausländern finden sich für die drei Städte lediglich in einer Erhebung des Verfassers aus dem Jahr 1996 (Reuband 2019).

¹¹ Da sich die Erhebungen für Sachsen auf eine Kumulation bundesweiter Erhebungen aus früheren Jahren stützen, ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass der zwischenzeitlich stattgefundenen Rückgang ausländerfeindlicher Ressentiments den Gesamtbefund etwas kontaminiert.

umfragen selbst wenige Monate vor der PEGIDA Entstehung keinen Hinweis für eine überproportionale Ausländerfeindlichkeit in Dresden. Der Langzeitvergleich für Dresden zeigte zudem, dass die Ressentiments gegenüber Ausländern seit den 1990er Jahren auf einen Tiefstand gesunken waren (Reuband 2015: 137).

Aber was damals galt, muss nicht mehr heute gelten, zumal im großen Stil neue Gruppen von Ausländern – Flüchtlinge und Asylbewerber mit muslimischem Hintergrund – im Rahmen der „Flüchtlingswelle“ 2015 nach Deutschland gekommen sind. So auch in Sachsen: Zwischen 2014 und 2015 erhöhte sich die Zahl der Neuzugänge unter den Asylbewerbern um das sechsfache, gegenüber dem Jahr 2011 liegt die Zahl im Jahr 2015 gar mehr als das 25-fache höher.¹² In einer Gesellschaft, die sich durch einen niedrigen Anteil an Ausländern auszeichnet, muss ein derartiger Anstieg – besonders wenn er sich auch im öffentlichen Raum widerspiegelt und im Alltag sichtbar wird – für die Bürger umso spektakulärer erscheinen.

Als empirische Basis der folgenden Analyse verwenden wir den „Sachsen Monitor“. Er stellt eine repräsentativ angelegte Bevölkerungsumfrage im Auftrag der „Sächsischen Staatskanzlei“ dar und ist als regelmäßige Erfassung politischer – insbesondere auch rechtspopulistischer – Einstellungen in Sachsen konzipiert.¹³ Die erste Erhebung fand 2016 statt, weitere folgten 2017 und 2018. Die Auswahl der Personen im Alter ab 18 Jahren erfolgte nach dem Random-Route-Verfahren, die Befragungen fanden mündlich face-to-face statt. Durchgeführt wurden sie von dimap.

Grundlage unserer Analyse ist der kumulative Datensatz, bestehend aus den Erhebungen der Jahre 2016 bis 2018 mit zusammen 3.005 Befragten.¹⁴ Die Zahl der Befragten in Dresden beläuft sich auf 417, in Leipzig auf 486 und in Chemnitz auf 193 Personen. Die Zahl der Befragten im sonstigen Teil der jeweiligen Landesdirektionsbezirke variiert zwischen 354 im Bezirk Leipzig (ohne die Stadt Leipzig gerechnet), 638 im Bezirk Dresden (ohne Dresden) und 927 Personen im Bezirk Chemnitz (ohne Chemnitz).¹⁵

¹² Die Zugänge in der Asylbewerberzahl lagen 2011 bei 2.695, 2014 bei 11.786, 2015 bei 69.900. Nach diesem Höhepunkt ist die Zahl der Zugänge gesunken, 2016 lag sie bei 14.888, 2017 bei 9.183 (Sächsischer Ausländerbeauftragter 2018: 138).

¹³ Zuvor gab es regelmäßige Umfragen für die Sächsische Staatskanzlei. Eine Zusammenstellung bedeutsamer Befunde und Zeitreihen finden sich in Schöppner und Sagurna (1995), Donsbach und Förster (2010).

¹⁴ Der Datensatz wurde freundlicherweise von der Sächsischen Staatskanzlei zur Verfügung gestellt.

Angelegt waren die Erhebungen als repräsentative Studien, etwaige Abweichungen von der amtlichen Statistik wurden vom Erhebungsinstitut durch eine Gewichtung auf Landesebene nach den Merkmalen Alter und Bildung ausgeglichen. Ein derartiger Ausgleich gewährleistet freilich nicht zwangsläufig auch einen Ausgleich auf der Ebene der einzelnen Städte oder Landkreise. Hier kann es – wie in Dresden der Fall – selbst nach einer Gewichtung auf Landesebene zu größeren Abweichungen von der Grundgesamtheit kommen.¹⁶ Wir haben deshalb für Dresden unter Rückgriff auf den Mikrozensus eine Abschätzung der Effekte vorgenommen und die Daten stadtbezogen nach Alter und Bildung gewichtet.

Bei zwei der in unserem Zusammenhang relevanten Fragen blieben die Zahlen im Wesentlichen unverändert, in einem Fall stieg der Anteil ausländerfeindlicher Äußerungen um einige Prozentpunkte an. Angesichts der moderaten Auswirkungen halten wir die Verzerrungen in der sozialen Zusammensetzung noch für tolerabel.¹⁷ Da ohnehin Gewichtungen nicht für die übrigen Städte und Landkreise in der Diffe-

¹⁵ Die Daten der Umfrage lassen sich aufgliedern nach 13 kreisfreien Städten und Landkreise (weitere Untergliederungen sind nicht möglich). Die folgende Analyse bezieht sich in erster Linie auf den Vergleich der Städte mit den übrigen Teilen des Direktionsbezirks, zu denen die jeweiligen Landkreise gehören. In der Aggregatdatenanalyse an späterer Stelle zum Zusammenhang von AfD-Wahl und den Einstellungen zu Ausländern werden die 13 kreisfreien Städte und Landkreise als Einheiten der Analyse zugrunde gelegt.

¹⁶ In größerem Maße überrepräsentiert sind jüngere Befragte (nahezu die Hälfte unter 30 Jahren) sowie Befragte mit Abitur oder Hochschulbildung. Warum dies der Fall ist, insbesondere hinsichtlich der Alterszusammensetzung, ist unklar. Denkbar sind u.a. differentielle Verweigerungsquoten, Abweichungen der Interviewer von den Vorgaben bei der Auswahl der Befragten.

¹⁷ Die Statistiken des Mikrozensus für Dresden wurden uns freundlicherweise vom Statistischen Landesamt Sachsen zur Verfügung gestellt. Gewichtet wurde von uns zur Prüfung der Effekte auf der Basis einer Kombination von Altersgruppen (unter 24, 25-44, 45-65, 65+) und Bildung (Volks/Hauptschule, Realschule, FHS und mehr). Eine nennenswerte Änderung der Randverteilungen findet sich lediglich beim Statement, die Bundesrepublik wäre durch Ausländer in „gefährlichem Maß überfremdet“. Die Zustimmung liegt im ungewichteten Datensatz bei 38 %, im den nach dem Bundesland gewichteten Datensatz bei 41 % und in dem nach dem Stadtprofil gewichteten Datensatz bei 49 %. Bei den anderen Fragen – Überfremdung in Wohngegend, Zuzug von Muslimen verbieten – bleiben die Werte im Vergleich sowohl zum ungewichteten als auch zu dem nach Bundesland gewichteten Datensatz in Dresden nahezu gleich, differieren allenfalls um zwei Prozentpunkte. Inwieweit womöglich eine selektive Erfassung jenseits der genannten sozialen Merkmale durch Ausfälle etc. stattfand (wie etwa Verweigerung des Interviews durch Personen mit xenophoben Einstellungen), ist eine andere Frage, sie kann mangels externer Validierungsdaten nicht geklärt werden.

renziertheit möglich sind, wie wir es für Dresden getan haben¹⁸, begnügen wir uns im Folgenden in einem ersten Schritt mit einer Analyse, die sich auf die Gewichtung auf Landesebene stützt. Damit wird ein erster, allgemeiner Überblick gewonnen. In einem zweiten Schritt nehmen wir eine Analyse unter Verwendung der Multiplen Klassifikationsanalyse vor (Andrews et al. 1975). Die Multiple Klassifikationsanalyse (MCA) bestimmt die Effekte nichtmetrischer Variablen auf eine metrische abhängige Variable jeweils mit und ohne Kontrolle der übrigen unabhängigen Variablen.¹⁹ Das Verfahren hat den Vorteil der Anschaulichkeit, gibt die Werte für die einzelnen Kategorien in Abweichung von Mittelwert der abhängigen Variablen aus. In unserem Fall gehen die sozialen Merkmale Geschlecht, Alter, Bildung sowie Ausbildungsstatus (letzteres in Ermangelung von Angaben über Studenten/Schüler-Status) in den (ungewichteten) Datensatz als Kontrollmerkmale in die Berechnung ein. Die daraus resultierenden Ergebnisse weisen die „reinen“ regionalen Effekte jenseits stichprobenbedingter und regionaler Unterschiede in den sozialen Merkmalen aus.²⁰

3. Verbreitung ausländerfeindlicher Einstellungen

Im „Sachsen Monitor“ sind drei Fragen in Statementform enthalten, die Aussagen über Ausländer und dem Islam beinhalten: zur Wahrnehmung der „Überfremdung“ der Bundesrepublik durch Ausländer bzw. der Wohnumgebung durch Ausländer sowie zum Zuzug von Muslimen. Alle drei Fragen sind mit jeweils unterschiedlicher Akzentsetzung als Indikator für ethnozentrischen Einstellungen – für Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit²¹ – geeignet, weswegen sie oft

auch in Skalen zur Messung rechtspopulistischer Orientierungen eingehen. Des Weiteren ziehen wir eine offen konstruierte Frage zu den wichtigen Problemen in Sachsen heran. Die Antworten darauf sagen etwas über den subjektiven Stellenwert wahrgenommener Probleme aus. Dass sich darin ebenfalls das Agenda Setting der Medien und nicht nur eigene Betroffenheit widerspiegelt, kann als gesichert gelten.

Fragen zu Wahlpräferenzen und Wahlverhalten wurden im „Sachsen Monitor“ nicht gestellt. Erfragt wurde lediglich die Parteineigung. Daraufhin meinten 66 % (mit minimalen Unterschieden je nach Stadt und Region), sie würden keiner Partei zuneigen. Dass es so viele sind, spiegelt nicht allein sächsische oder ostdeutsche Verhältnisse wider (auch wenn dort die Werte im Allgemeinen höher liegen als im Westen), sondern auch Eigenheiten der gewählten Fragekonstruktion. Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen, die sich auf eine etwas andere Frageformulierung stützen, erbringen deutlich niedrigere Werte.²²

mag es sich mehr um generelle Vorbehalte handeln als um eine Haltung, die mit einer totalen Zurückweisung gleichzusetzen ist. Man könnte neutraler hier auch von ethnozentrischen Einstellungen sprechen. Wir verwenden den Begriff dennoch angesichts der weithin üblichen Praxis. Angemerkt sei ergänzend, dass einige der Erhebungen des „Sachsen Monitors“ zusätzlich noch ein oder zwei andere Fragen zu Einstellungen gegenüber Ausländern/Muslimen umfassen, die hier jedoch ausgeklammert bleiben, weil sie nicht in allen drei Erhebungen gestellt wurden und die Fallzahl für Vergleiche sonst zu problematisch wäre.

²² Die Formulierung im „Sachsen Monitor“ lautet: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie ab und zu auch mal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie zu einer bestimmten Partei in Deutschland zu? Wenn ja, welcher Partei neigen Sie zu? Im (telefonisch durchgeführten) „Politbarometer“ der Forschungsgruppe Wahlen aus den gleichen Erhebungsjahren nannten 2017 in Sachsen lediglich 44 % keine Parteineigung (eigene Analyse, GESIS ZA2391). Größere Unterschiede zu den anderen Befragten der neuen Bundesländer existieren danach nicht. Selbst gegenüber den Befragten in manchen westdeutschen Bundesländern halten sich die Unterschiede in Grenzen. Der Grund für die Differenz dürfte in Subtilitäten der Fragekonstruktion liegen. Zum einen wurde in den Politbarometer Umfragen in einer Frühphase des Interviews Fragen zum Thema Politik und ebenfalls zur Partei gestellt, die man im Fall einer Bundestagswahl nächsten Sonntag wählen würde. Dies dürfte im Verlauf des Interviews eine Aktivierung der Parteipräferenzen und -bindungen im Bewusstsein der Befragten und spätere konsistente Antwortneigungen begünstigen. Zum anderen variieren auch die Frageformulierungen leicht. Während es im „Sachsen Monitor“ heißt „Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“, ist die Frage im Politbarometer weniger strikt formuliert: „Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu?“. Durch die Begrifflichkeit des „ganz allgemein gesprochen“ dürfte es eher dazu kommen, dass das wiederholte Wählen der gleichen Partei mit einer Parteineigung gleichgesetzt wird.

¹⁸ In den Aufgliederungen nach Alter und Bildung wären die Fallzahlen im Mikrozensus auf der Ebene der kleineren Orte zu gering und werden daher nicht ausgewiesen. Nur auf der Ebene größerer Einheiten wäre dies möglich.

¹⁹ Eine Alternative zur MCA wäre es, mit einer OLS-Regressionsanalyse zu arbeiten und die nichtmetrischen Variablen in Dummies zu überführen. Wir haben dies ergänzend ebenfalls getan, um die Effekte spezifischer Kategorien abzusichern. Die entsprechenden Angaben dazu finden sich an gegebener Stelle in den Anmerkungen.

²⁰ Die Unterschiede auf Städteebene, die aus einer ungleichen sozialen Zusammensetzung erwachsen, etwa einem höheren Anteil Gebildeter in den Großstädten, werden damit in ihren Effekten ebenfalls ausgeschaltet. Dies ist zweifelsohne ein Nachteil, im vorliegenden Fall jedoch aufgrund der partiellen Verzerrungen in der Zusammensetzung der Stichprobe auf regionaler/städtischer Ebene nicht zu vermeiden.

²¹ Wir verwenden im Folgenden den Begriff der Ausländerfeindlichkeit, wohl wissend, dass die Bejahung eines oder mehrerer der Items nicht in jedem Fall Ausländerfeindlichkeit im strengen Sinne bedeuten muss. Bei manchen Befragten

Welche Fragekonstruktion man auch als die aussagekräftigere einschätzen mag – die des „Sachsen Monitors“ oder der Forschungsgruppe Wahlen – was hier allein zählt ist, dass die Angaben auf so wenige Befragte beschränkt sind, dass es wenig Sinn macht, sie hier ausführlicher heranzuziehen.

Das erste, hier zu diskutierende Statement lautet „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährliche Maße überfremdet.“ Die Frage, die im Zusammenhang mit Umfragen zu Ausländerfeindlichkeit entwickelt wurde, hat in der Forschung inzwischen fast schon den Charakter einer „Standardfrage“ erlangt und hat auch Eingang gefunden in Umfrageserien, wie dem „Thüringen Monitor.“²³

Die Frageformulierung ist nicht ohne Probleme. Sie ist nicht so eindimensional formuliert, wie es wünschenswert wäre. Der Bezug wird durch die Begriffe „überfremdet“ und „in gefährlichen Maße“ kontaminiert. Vermutlich stimmen viele Befragten dem Statement zu, die meinen, es gäbe zu viele Ausländer – und tun es allein deswegen, weil sie unter den Antwortvorgaben keine andere Wahl haben. Die Ansicht, dass es in „gefährlichem Maße“ eine „Überfremdung“ gebe, müssen sie nicht teilen. Andere (vor allem besser Gebildete) werden – auch wenn sie glauben, es gäbe zu viele Ausländer – allein schon

aufgrund der Begrifflichkeiten (die allzu sehr an den Sprachgebrauch der NS-Zeit erinnern) von einer Zustimmung zurückschrecken.

Man sollte die Antworten auf das Statement daher nicht allzu wörtlich nehmen, die Prozentangaben nicht unkritisch mit der Meinungsverteilung in der Bevölkerung gleichsetzen und vorschnell als Ausdruck einer rassistischen Orientierung interpretieren (wie in der öffentlichen Rezeption oft der Fall). Gleichwohl: es steht außer Frage, dass mit diesem Statement ein bedeutsamer Bestandteil ausländerfeindlicher Orientierungen gemessen wird und es als ein – wenn auch nicht optimaler – Indikator gewertet werden kann.

Was ergibt die Analyse der Frage für Sachsen im Vergleich zur Bundesrepublik? Wie man *Tabelle 1* entnehmen kann, stimmen 59 % der sächsischen Befragten der Aussage von der Überfremdung zu. Größere Unterschiede je nach Erhebungsjahr existieren nicht. 2016 und 2017 belief sich der entsprechende Anteil auf 58 %, 2018 auf 56 %. In der bundesweit angelegten „Mitte“-Studie des Leipziger Forschungsteams um Oliver Decker und Elmar Brähler²⁴ aus dem Jahr 2018, die ebenfalls face-to-face (kombiniert mit einem schriftlichen Befragungsteil) stattfand, und in der eine Fünfer-Skala (mit „teils-teils“ als Mittelkategorie) statt eine Vierer-Skala (wie im

Tabelle 1: Einstellungen zu Ausländern/Muslimen nach Region (in %)

	Chemnitz	Chemnitz Umland	Dresden	Dresden Umland	Leipzig	Leipzig Umland	Insgesamt
Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet	64	67	41	66	40	64	59
Wohnumgebung durch Ausländer überfremdet	32	15	19	19	18	13	18
Muslimen Zuwanderung untersagen	34	46	30	53	33	48	42
Problem Flüchtlinge/Asyl (offene Frage)	29	23	25	25	33	29	26

Umland = sonstige Regionen der Bezirke Chemnitz, Dresden bzw. Leipzig

Frageformulierungen: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“; „Meine persönliche Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maße überfremdet“; „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ Antwortkategorien: Stimme voll zu – stimme eher zu – stimme eher nicht zu – stimme gar nicht zu“ (Hier: Anteil für „Stimme voll zu, Stimme eher zu“); „Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Probleme in Sachsen?“ (offene Frage)

²³ Die Frage gibt es als Statement in zwei Varianten: mal mit einer Fünfer-Skala (mit einer Mittelkategorie „teil-teils“) mal mit einer Vierer-Skala (wie im „Sachsen Monitor“) mit den Antwortkategorien „Stimme voll zu“ – „stimme eher zu“ – „stimme eher nicht zu“ – „stimme gar nicht zu“. In neuerer Zeit findet sich in den Arbeiten der Bielefelder Forschungsgruppe auch die (neutralere) Formulierung „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“.

²⁴ Seit kurzem wird der Begriff der „Mitte“-Studie von dem Leipziger Team nicht mehr verwendet, da die Bielefelder Forschungsgruppe diesen Begriff ebenfalls für ihre Studien benutzt. Stattdessen wurde die Bezeichnung „Leipziger Autoritarismus“-Studie gewählt.

„Sachsen Monitor“) eingesetzt wurde, stimmten in der Umfrage 36 % der Aussage „voll und ganz oder „eher“ zu. Weitere 28 % stimmten ihr „teils-teils“ zu (Decker et al. 2018: 74). Addiert man die Befragten mit „teils-teils“-Antwort zur Hälfte zu den Befürwortern, kommt man auf 50 %. Würde man die Zahl der „teils-teils“-Antworten vollständig dazu zählen²⁵, käme man auf 64 %. Der Wert des „Sachsen-Monitors“ liegt dazwischen. Er legt, eine annähernde methodische Vergleichbarkeit der Erhebungen unterstellt, auf Seiten der sächsischen Bevölkerung keine grundlegend andere Orientierung als unter den Bundesbürgern als Gesamtheit nahe.²⁶

Und wie stellt sich der regionale Vergleiche innerhalb Sachsens dar? Für Dresden lässt sich ein Zustimmungswert von 41 % ermitteln, für Leipzig von 40 % und Chemnitz von 64 %. Die übrigen Regionen des jeweiligen Landesdirektion (in den Tabellen verkürzt als „Umland“ der jeweiligen Städte bezeichnet) weisen höhere Anteile auf.²⁷ Hinweise dafür, dass Dresden eine Sonderstellung einnimmt und sich durch eine überproportionale Neigung zur Ausländerfeindlichkeit auszeichnet, finden sich nicht. Es findet sich lediglich ein Hinweis dafür, dass in dem regionalen Einzugsbereich von Dresden – ähnlich wie in Leipzig – ein größerer Anteil von Personen die Ansicht teilt, Deutschland wäre durch Ausländer „überfremdet“. Aus dieser Sicht existiert dort ein Potential, das mobilisierbar wäre für Veranstaltungen wie PEGIDA und

dafür vermutlich auch wiederholt mobilisiert wurde. So stammt bei den PEGIDA-Kundgebungen in der Regel die Hälfte oder mehr der Teilnehmer von außerhalb der Stadt. Je größer die Teilnehmerzahl, desto eher ist dies der Fall (Reuband 2016: 169).

Der zweite Indikator, der zur Beschreibung der Ausländerfeindlichkeit herangezogen wird, bezieht sich die persönliche Alltagebene des Befragten. Es geht um die „Überfremdung“ in der eigenen Wohnumgebung: „Meine persönliche Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“. Dem Satz stimmen deutlich weniger Befragte zu als dem vorherigen Satz – was letztlich auch erwartbar ist: weil allgemein die Neigung besteht, die Gefahren mehr im weiter entfernten und weniger im persönlichen Lebensraum wahrzunehmen (Fragen zur Kriminalitätsfurcht der Bürger oder zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage zeigen ein ähnliches Bild). Und weil nur ein Teil der Bürger in seiner alltäglichen Umgebung auf Ausländer trifft. Aus dieser Sicht spiegeln sich in den Antworten nicht nur die Einstellungen gegenüber Ausländer wider, sondern ebenfalls die Gelegenheitsstrukturen für Kontakte.

Wie man ebenfalls der *Tabelle 1* entnehmen kann, wird das Statement mit dem Lokalbezug in Dresden genauso häufig wie in Leipzig bejaht, auffällig ist allenfalls Chemnitz mit einem Wert, der über dem der anderen beiden Städte liegt. Damit wird das Muster, das sich zuvor schon abgezeichnet hatte, reproduziert. Ansonsten lassen sich keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Städten und den eher ländlich oder kleinstädtisch geprägten Regionen erkennen, was angesichts der zuvor genannten Unterschiede auf den ersten Blick erstaunt. Aber mitzubedenken ist, dass Ausländer und Flüchtlinge in Städten zahlreicher sind und die Chance, dort auf welche zu treffen, größer ist als in kleineren Orten. So ist es möglich, dass die Bürger gegenüber Ausländern in den größeren Städten aufgeschlossener sind als in den eher ländlichen, kleinstädtischen Regionen. Doch da hier auch mehr Ausländer und Flüchtlinge leben, wird die Aussage allein aufgrund dessen häufiger bejaht, so dass sich die Unterschiede zwischen den Regionen auf der Ebene der Meinungsverteilung eibebnen.

Der dritte Indikator ist auf die Zuwanderung durch Muslime gerichtet: „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“. Wer diese Aussage bejaht, muss nicht notwendigerweise Muslime per se ablehnen. Vorstellbar ist ebenso, dass mancher Befragte in erster Linie an die „Flüchtlingswelle“ des Jahres 2015 denkt und glaubt, man müsse dieser Entwicklung (vorerst) Grenzen setzen. Auch mag

²⁵ Manche Autoren glauben, dass es sich bei „teils-teils“ um eine versteckte Zustimmung handelt und subsumieren diesen Wert bei manchen Analysen mit darunter (vgl. z.B. Decker et al. 2018: 72).

²⁶ Bedeutsamer ist vermutlich weniger, ob ein schriftlicher Befragungsteil im Rahmen einer face-to-face-Umfrage eingesetzt oder nicht eingesetzt wurde, als vielmehr der Einsatz telefonischer Befragungen. Eingesetzt wurde das obige Statement (ebenso wie das zum Muslimzuzug) 2016 ebenfalls von der Bielefelder Forschergruppe im Rahmen einer Telefonbefragung. Deren Werte zur Ausländerfeindlichkeit liegen niedriger als die Werte in der Leipziger „Mitte“-Studie, die sich der face-to-face-Interviews mit schriftlichem Befragungsteil bedienen (vgl. dazu Reuband 2017a). Hinweise auf niedrigere Werte in Telefonbefragungen lassen sich im Vergleich zu face-to-face-Befragungen mit schriftlichen Befragungsteil ebenfalls dem Wechsel der Befragungsmodalitäten im Zeitverlauf entnehmen (vgl. Decker et al. 2016: Tab. auf S. 50, wobei allerdings unklar bleibt, wie sehr auch Periodeneffekte das Ergebnis mitbeeinflusst haben könnten). Ob und wie sehr sich Telefonbefragungen im Antwortverhalten inhaltlich von Erhebungen unterscheiden, die wie im „Sachsen Monitor“ face-to-face ohne schriftlichen Befragungsteil oder mit schriftlichen Befragungsteil (wie in den Leipziger „Mitte“-Studien) stattfinden, wurde bisher nicht empirisch überprüft.

²⁷ Die höchsten Werte (mit Anteilen über 70 %) finden sich – wie weitere Untergliederungen erbringen – im Vogtlandkreis, im Bezirk Zwickau und im Bezirk Görlitz.

mancher an islamischen Terrorismus oder andere Wertorientierungen von Muslimen denken und deshalb dem weiteren Zuzug skeptisch gegenüberstehen. Welche Gründe auch immer mit der Frage assoziiert sind: dass sich die Frage als Indikator für ausländerfeindliche Einstellungen eignet, steht außer Zweifel.

Die Frage ist in gleicher Formulierung ebenfalls Bestandteil der „Mitte“-Studien der Forschungsgruppen in Bielefeld und Leipzig, in der Zahl und Benennung der Antwortkategorien jedoch nur vergleichbar mit der Studie des Leipziger Teams. Im „Sachsen Monitor“ stimmen 2018 41 % der Befragten dem Satz zu, dass Muslimen der Zuzug untersagt werden sollte. In der Leipziger „Mitte“ Studie waren es im Jahr 2018 44 % der Bundesbürger, unter den Ostdeutschen gar 52 % (Decker et al. 2018: 102). Ähnlich die Situation 2016, als der entsprechende Wert im „Sachsen Monitor“ bei 39 % lag, während er sich in der Leipziger „Mitte“ Studie auf einen Anteil von 41 % belief, und bezogen auf die Ostdeutschen auf 54 % (Decker et al. 2018: 102). Von einer überproportionalen Abneigung gegenüber Muslimen kann danach zur Zeit der Erhebung nicht gesprochen werden – im Gegenteil: die sächsischen Befragten scheinen sogar etwas weniger ausländerkritisch oder -feindlich eingestellt zu sein als der Durchschnitt der (ostdeutschen) Bundesbürger.²⁸

Inwieweit das Negativurteil der sächsischen Befragten möglicherweise dadurch etwas abgemildert wurde, dass die Beantwortung der Fragen nicht – wie in der bundesdeutschen Umfrage von Decker und Koautoren – schriftlich, ohne Einsichtnahme durch den Interviewer, stattfand und sich soziale erwünschte Antwortneigungen deshalb etwas stärker auswirken, ist ungeklärt. Aus Umfragen zu anderen Themen ist bekannt, dass schriftliche Befragungen im Rahmen von face-to-face Interviews eher zum Eingeständnis sensibler Informationen – etwa zum eigenen Drogengebrauch – führen.²⁹ Andererseits haben Umfragen zu anderen sensiblen Themen (wie der Befürwortung

der Todesstrafe) keinen Unterschied erbracht, ob die Beantwortung der Fragen gegenüber dem Interviewer stattfand oder ohne dessen Kenntnis vom Befragten selbständig an dessen Notebook beantwortet wurde.³⁰ Auch ist zu bedenken, dass im Verlauf von face-to-face Interviews häufig ein Vertrauensverhältnis geschaffen wird, so dass sich die Befragten selbst zu Themen offen äußern, von denen sie zu Beginn des Interviews noch meinten, sie würden Fragen dazu nicht beantworten (Reuband 1991).

Und was erbringt der interne, nach regionaler Zugehörigkeit ausdifferenzierte Vergleich? Wie man der Tabelle entnehmen kann, äußern in Dresden 30 % der Befragten eine Zustimmung, in Leipzig 33 % und in Chemnitz 34 %. Eine stärkere Neigung der Dresdner, islamfeindliche Orientierungen zu vertreten, ist nicht zu erkennen. Desgleichen gibt es diesmal auch in Chemnitz – anders als zuvor – keine erhöhte Neigung zur Bejahung der Aussage. Wenn das Statement überproportional bejaht wird, dann wiederum außerhalb der großen Städte. Am häufigsten im Umland von Dresden, auf etwas niedrigerem Niveau im Umland von Leipzig und Chemnitz.

Treibt man die Regionalisierung noch einen weiteren Schritt voran und setzt auf der Ebene der dreizehn sächsischen Landkreise und kreisfreien Städte den durchschnittlichen Anteil der Befürworter eines Muslim-Zuzugs-Verbots mit dem Stimmenanteil für die AfD in der letzten Bundestagswahl in Beziehung (vgl. *Abbildung*), so ergibt sich auf der Aggregatebene ein recht deutlicher Zusammenhang (von $r=.64$, $p<0,05$). Auf der Individualebene war ein solcher Zusammenhang in anderen Untersuchungen schon deutlich geworden. Und auch in der vorliegenden Untersuchung lässt sich – trotz aller Beschränkung in der Erfassung der Parteineigung – ein entsprechender Zusammenhang nachweisen.³¹ Dass der Zu-

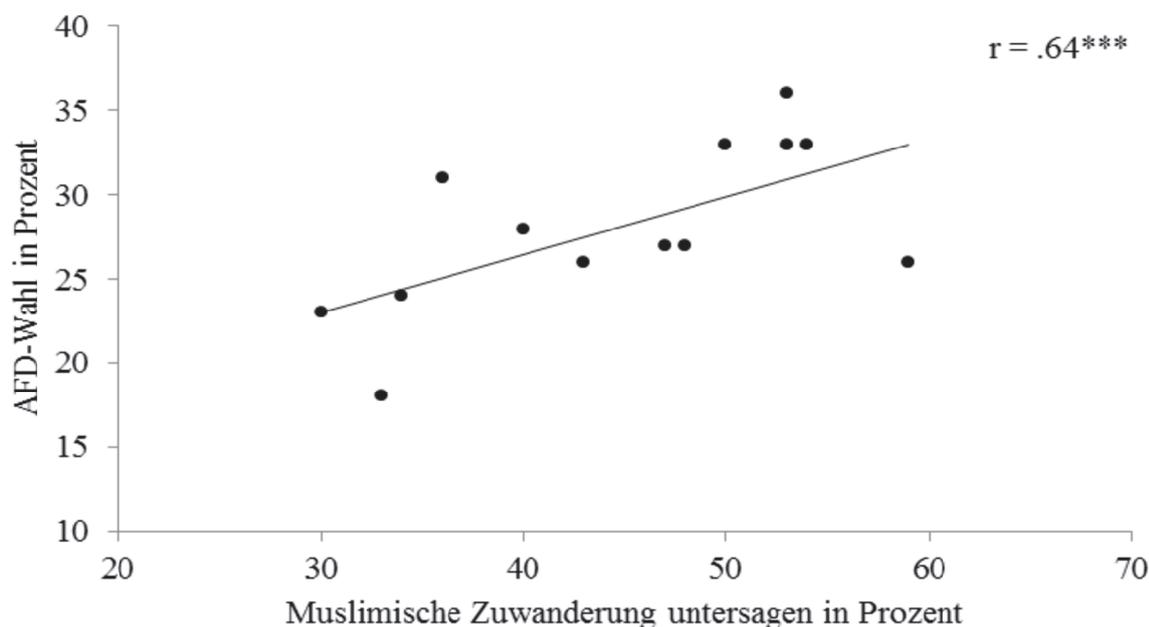
²⁸ Etwas anders die bundesweiten Ergebnisse der Bielefelder Forschergruppe. Im Jahr 2014 stimmten (im Rahmen einer Vierer-Skala ohne teils-teils Kategorie) 18 % der Befragten dem Satz zu, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland verboten werden sollte (Küpper et al. 2015: 33). In den Folgejahren fallen die Verhältnisse weitgehend ähnlich aus. Inwieweit der andere Befragungsmodus – telefonisch statt face-to-face (in Kombination mit schriftlichem Befragungsteil) – dazu mit beitrug oder zeitspezifische Effekte der Erhebungsphase dafür verantwortlich sind, ist eine offene Frage. Vgl. dazu auch Anm. 26.

²⁹ In diesen Fällen wurde der Fragebogen allerdings in einem verschlossenen Umschlag an den Interviewer zurückgegeben, was ein zusätzliches Gefühl von Anonymität vermittelt.

³⁰ Ergebnisse einer eigenen bundesweiten face-to-face-Umfrage mit Split-Variante des Vorgehens.

³¹ In unserer Untersuchung stimmten unter denen, die angaben, sie würden der AfD zuneigen, 89 % dem Statement zu. Unter den Wählern der CDU waren es 36 %, der FDP 21 %, der SPD 20 %, der „Linken“ 23 %, und der „Grünen“ 10 %. Diejenigen, welche angeben, sie würden keiner Partei zuneigen – sie stellen die große Mehrheit der Befragten – stimmten 46 % dem Statement zu. Würde man sich auf den engeren Kreis der Befürworter beziehen – auf diejenigen, welche dem Statement besonders stark („voll und ganz“) zustimmen – käme man bei den AfD Anhängern auf einen Anteil von 39 % (2016: 38 %, 2017: 39 %, 2018: 40 %) Unter den Teilnehmern der PEGIDA-Kundgebungen lag der entsprechende Anteil im November 2015 bei 38 %, im Februar 2016 bei 40 % und im April 2016 bei 56 % (vgl. dazu Reuband 2017a: 121), belief sich also im Jahr 2016 auf höhere Werte als unter den AfD-Wählern im „Sachsen Monitor“.

Abbildung: Zusammenhang zwischen Einstellung zur Zuwanderung von Muslimen und Stimmenanteil für die AfD bei der Bundestagswahl 2017 (Basis: 13 kreisfreie Städte und Landkreise in Sachsen)



sammenhang ebenfalls auf der Aggregatebene deutlich zutage tritt, ist ein Zeichen dafür, wie sehr sich regionale Mentalitäten, insbesondere in Fragen des Islam, auf regionaler Ebene zu Parteipräferenzen verdichten. Der Zusammenhang der AfD-Wahlerfolge mit dem Urteil, die Bundesrepublik wäre in gefährlichem Maße überfremdet, liegt demgegenüber auf der Aggregatebene niedriger ($r=.41$) und erreicht auch nicht die erforderliche statistische Signifikanzgrenze. Die Tendenz geht in die gleiche Richtung, aber sie ist zu schwach. Natürlich wäre es für die Analyse fruchtbarer, man hätte Daten auf noch kleinräumigerer Ebene und in größerer Zahl zur Verfügung. Aber der Befund eines engen Zusammenhangs zwischen Einstellung zu Muslimen und AfD-Wahl ist zumindest ein Hinweis für entsprechende Querverbindungen zwischen ausländerfeindlichen Einstellungen und AfD-Wahl auf regionaler Ebene.

Für die Analyse auf der Individualebene ziehen wir als viertes die Frage zu den derzeit wichtigsten Problemen in Sachsen heran. Es handelt sich um eine offene Frage, deren Antworten (mit Mehrfachnennungen) zu übergreifende Kategorien zusammengefasst wurden. 26 % der Befragten nennen Flüchtlinge/Asylfragen/ Probleme der Integration. Bedeutsame Unterschiede zwischen den Städten und Regionen lassen sich nicht erkennen – was vermutlich nicht zuletzt auch dem allgemeinen Agenda Setting der überlokalen und lokalen Medien geschuldet ist, die für über-

lokale Gemeinsamkeiten der Problemdefinition sorgen. 2015, als die Zuwanderung noch beträchtliche höhere Zahlen umfasste als 2016 und 2017, dürfte das Ausmaß der Beunruhigung auf Seiten der Bürger noch ausgeprägter gewesen sein. Dies legen zumindest die Befunde aus diesen Jahren auf die Frage nach den wichtigsten Problemen in der Bundesrepublik nahe. Und was damals für die Bundesrepublik als Problem gesehen wurde, dürfte mit Abstrichen ebenfalls für die Wahrnehmung der wichtigsten Probleme Sachsens gegolten haben.³²

4. Der Einfluss sozialer Merkmale und regionale Differenzierungen im Vergleich

Nun sind die Städte und Regionen, die bisher in der Betrachtung waren, nicht alle gleichermaßen sozial zusammengesetzt, und auch stichprobenbedingte Unterschiede in der Zusammensetzung der Befragten sind nicht ausgeschlossen und können das Gesamtbild beeinträchtigen. Um diese möglichen Effekte zu berücksichtigen, unterziehen wir die Daten einer „Multiplen Klassifikationsanalyse“ (MCA). Man kann damit den Effekt der regionalen Eigenheiten ermitteln, unter Herausrechnung der Effekte der sozia-

³² Eigene Auswertungen zur Wahrnehmung der Probleme in der Bundesrepublik seitens der Befragten in Sachsen und der Bundesbürger insgesamt, jeweils auf der Basis der Politbarometer Studien der Forschungsgruppe Wahlen (GESIS ZA 6888). Zum bundesweiten Trend vgl. Reuband (2017b: 113).

Tabelle 2: Multiple Klassifikationsanalyse: Einstellung zu Ausländern/Muslimen in Abhängigkeit von sozialen Merkmalen und Region

	N=	Überfremdung BRD				Überfremdung Wohnumgebung				Muslim Zuwanderung			
		Unadj. Dev.	Eta	Adj. Dev.	Beta	Unadj. Dev.	Eta	Adj. Dev.	Beta	Unadj. Dev.	Eta	Adj. Dev.	Beta
<i>Geschlecht</i>													
Mann	1454	-.05	} .05	-.01	} .01	-.02	} .02	.00	} .00	-.02	} .02	.01	} .01
Frau	1458	.05		.01		.02		.00		-.01			
<i>Alter</i>													
18-29	473	-.22	} .10	.04	} .03	.17	} .14	.34	} .23	-.11	} .06	.19	} .09
30-44	452	.02		.03		.11		.12		-.05		-.05	
45-59	610	.06	} .10	.01	} .03	.05	} .14	.04	} .23	.09	} .06	.03	} .09
60-69	600	.02		-.02		-.05		-.07		-.03			
70+	777	.06		-.04		-.17		-.25		.02		-.09	
<i>Bildung</i>													
Kein Abschluss	31	.29	} .32	.23	} .28	.33	} .21	.24	} .24	.20	} .31	.13	} .28
Hauptschule	628	.35		.31		.23		.32		.34		.33	
Realschule	1293	.15	} .32	.11	} .28	.05	} .21	.02	} .24	.16	} .31	.13	} .28
Abitur, FHS	506	-.40		-.29		-.14		-.19		-.36		-.27	
Universität	454	-.48		-.46		-.32		-.30		-.52		-.50	
<i>In Ausbildung</i>													
Nein	2763	.04	} .18	.03	} .13	.01	} .07	.03	} .12	.04	} .17	.04	} .15
Ja	149	-.76		-.54		-.26		-.46		-.73		-.65	
<i>Region</i>													
Chemnitz	177	.02	} .22	-.03	} .13	.35	} .11	.29	} .10	-.20	} .19	-.26	} .12
Chemnitz Umland	904	.13		.05		-.06		-.07		.10		.04	
Dresden	394	-.37	} .22	-.12	} .13	-.02	} .11	.03	} .10	-.34	} .19	-.13	} .12
Dresden Umland	614	.15		.09		.03		-.01		.19		.12	
Leipzig	477	-.28		-.23		-.01		.03		-.18		-.13	
Leipzig Umland	346	.20		.18		-.03		-.01		.17		.16	
R ²				.14				.10				.13	
R				.37				.31				.37	

*** p<0,001; ** p<0,01

Skalierung: je höher der Wert, desto negativer die Einstellung zu Ausländern/Muslimen.

Unadj. Dev.: Abweichung vom Grand Mean ohne Kontrolle der sonstigen Variablen; Adj. Dev.: Abweichung vom Grand Mean nach Kontrolle der sonstigen Variablen.

Grand Mean Überfremdung BRD: 2,58, Überfremdung Wohnumgebung: 1,73, Muslim Zuwanderung: 2,32.

len Merkmale. Im Folgenden ziehen wir die Merkmale Geschlecht, Alter und Bildung heran, ergänzt durch das Merkmal „In Ausbildung“. Letzteres wird verwandt, um dem unterschiedlich hohen Anteil von Studenten in den Populationen der Universitäts- und der Nicht-Universitätsstädte Rechnung tragen zu können. Ob jemand Student ist oder nicht, wurde nicht eigens in den Erhebungen erfragt.

Wie man *Tabelle 2* entnehmen kann, wirken sich beim ersten Indikator – „Überfremdung“ in der Bundesrepublik – die Merkmale Bildung und Ausbildung auf das Urteil aus. Je höher das Bildungsniveau, desto seltener wird die Aussage bejaht. Desgleichen wird sie seltener bejaht, wenn sich jemand in Ausbildung befindet.³³ Die übrigen sozialen Merkmale erweisen sich praktisch als bedeutungslos. Dresden und Leipzig bleiben weiterhin – wie im bivariaten Fall – die Orte, in denen die Ressentiments am geringsten sind.

³³ Denkbar ist, dass auch bei den Personen, die sich in der Lehre befinden, über die Berufsschulen positive Einstellungen gegenüber Ausländern und Muslimen vermittelt werden.

Chemnitz ähnelt dem Durchschnitt. Die Bewohner der eher ländlich, kleinstädtisch strukturierten Gebiete äußern sich im Vergleich zu den Bewohnern der größeren Städte kritischer gegenüber Ausländer.

Wählt man die wahrgenommene Überfremdung in der eigenen Wohnumgebung als abhängige Variable, treten die Merkmale Bildung und „in Ausbildung“ erneut als erklärungskräftige Variable hervor. Als weitere Variable mit statistisch signifikantem Effekt tritt das Alter hinzu. Wobei gilt: je jünger die Befragten sind, desto eher wird eine Überfremdung in der eigenen Umgebung genannt. Dies ist insofern verwunderlich, als die Älteren üblicherweise häufiger gegenüber Ausländern eine negative Einstellung einnehmen (vgl. für Dresden Reuband 2015: 139)³⁴

³⁴ Nimmt man die Analyse nach regionaler Zugehörigkeit differenziert vor (OLS Regression mit identischer Merkmalskonstellation wie zuvor), findet man statistisch signifikante Zusammenhänge für Dresden ebenso wie für dessen Umland, desgleichen für das Umland von Leipzig und Chemnitz, nicht jedoch für Leipzig und Chemnitz.

und sich überdies bei den zuvor diskutierten Fragen keine vergleichbaren Altersbeziehungen fanden. Der Grund für die „Anomalie“ dürfte sein, dass die Jüngeren sozial aktiver sind und in ihrer Freizeit häufiger im öffentlichen Raum auf andere Personen treffen, einschl. auf Flüchtlinge und Migranten. Insofern könnte der Befund auch etwas mit Lebensstilen und der Gelegenheitsstruktur für Kontakte zu tun haben und nicht nur die Einstellungen zu Ausländern wiedergeben. Bezüglich der regionalen Zugehörigkeit wird nur ein einziger, signifikanter Effekt erkennbar: die schon früher, im bivariaten Fall gefundene Neigung der Chemnitzer, die Aussage überproportional zu bejahen. Diese Tendenz bleibt auch nach Kontrolle der sozialen Merkmale erhalten.³⁵

Und wie verhält es sich mit dem dritten Indikator – der Ansicht, dass man Muslimen die Zuwanderung untersagen sollte? Wie zuvor üben die Merkmale Bildung und „in Ausbildung“ einen Einfluss aus, ebenfalls das Alter. Dieses wirkt in ähnlicher Weise – wenn auch ziemlich abgeschwächt – wie zuvor beschrieben: Jüngere scheinen eher die Aussage als die Älteren zu bejahen. Bezüglich der regionalen Zugehörigkeit erweisen sich die Großstädter gegenüber Muslimen als aufgeschlossener als die Einwohner aus den eher ländlichen und kleinstädtischen Regionen. Die Dresdner und Leipziger ähneln einander in ihrer Ablehnung eines Zuwanderungsverbots, und auch die Chemnitzer äußern sich in dieser Hinsicht recht ähnlich.

Insgesamt, so das Resümee, lässt sich auch nach entsprechenden Kontrollanalysen weder für Dresden noch für Chemnitz ein Profil ermitteln, das in Bezug auf die Einstellungen zu Ausländern und Muslimen so eindeutig ist, dass man fremdenfeindliche Proteste an diesen Orten als eine mehr oder minder „natürliche“ Folge des vorherrschenden Meinungsklimas ansehen kann. Wenn es eine Anfälligkeit für entsprechende Proteste gibt, dann eher in den angrenzenden Regionen.

5. „Issue Publics“ und die regionale Ausdifferenzierung der Einstellungsstruktur

Dass Einstellungen im politischen Bereich nicht voll auskristallisiert, sondern oft inkonsistent sind, hat Philip Converse erstmals in seinem epochalen Beitrag „The Nature of Belief Systems in Mass Publics“ (1964) gezeigt. So hat er dargelegt, dass bei vielen

³⁵ Nimmt man eine OLS-Regressionsanalyse vor, unter Einbeziehung der sozialen Merkmale und der Variable Chemnitz als dichotome Variable, kommt man für Chemnitz auf einen beta-Koeffizienten von .11 ($p < 0,001$).

Themen die Korrelation der Indikatoren untereinander recht schwach ist und – wie Panelstudien belegen – Einstellungen eher durch Instabilität als Stabilität gekennzeichnet sind. Stärker auskristallisierte Einstellungen finden sich nach Converse entweder in den gesellschaftlichen Eliten, bei Personen mit höherer Bildung und bei Personen mit großem Involvement in die Politik. Oder in Bevölkerungskreisen, die am dem Thema ein spezielles Interesse haben, mehr als andere darüber diskutiert und reflektiert haben. Converse nennt sie „issue publics“.

Dass die Einstellungen in der Bevölkerung oft wenig auskristallisiert und z.T. wenig kohärent sind, ist keine vollkommen neue Erkenntnis. In gewissem Maße hat dies bereits Paul F. Lazarsfeld in seinen Wahlstudien aus den späten 1940er Jahren ansatzweise thematisiert. Und er hat gezeigt, dass sich diese Situation ändern kann, je mehr das Thema im Fokus der Diskussion und Reflexion gerückt wird. So nehmen die Einstellungen in Wahlkampfzeiten an Kohärenz zu (Lazarsfeld et al. 1968: xxxviii). Desgleichen hat sich in anderen Panelstudien gezeigt, dass die Korrelationen von einer Welle zur anderen steigen – Folge, so die Vermutung, einer vermehrten Reflexion der Befragten über den erfragten Sachverhalt. Man hat diesen Effekt in Anspielung an den Reflexionsprozess gelegentlich auch „Sokrates-Effekt“ genannt (vgl. Jagodzinski et al. 1987).

In Analogie zu diesen Befunden könnte man mutmaßen, dass das Ausmaß der Auskristallisation auf der Einstellungsebene – gemessen an der Korrelation zwischen den Indikatoren für Ausländer/Muslimfeindschaft – dort am stärksten ausgeprägt ist, wo das Ausländer-Thema längere Zeit in der öffentlichen Diskussion im Vordergrund stand. Am ehesten ist dies in unserem Fall in Dresden zu erwarten, in eingeschränktem Maß im nahegelegenen Einzugsbereich der PEGIDA-Demonstrationen.

Die Konsistenz der Einstellungen kann im vorliegenden Fall über die zuvor genannten Statements und die Nennung der Asyl-/Flüchtlingsproblematik als wichtiges Problem gemessen werden. Konsistenz meint im vorliegenden Fall eine enge Korrelation zwischen den jeweiligen Variablen – wobei der Zusammenhang nicht zwangsläufig logisch sein muss, sondern oft eher per Zuschreibung erfolgt (vgl. auch Converse 1964). So wird jemand mit der Ansicht, Deutschland wäre durch die vielen Ausländer gefährlich überfremdet, in der Zeit der Befragungen – in Jahren zwischen 2016 und 2018 – in erster Linie an die Asylbewerber und Flüchtlinge aus den überwiegend islamisch geprägten Staaten gedacht haben. Für ihn muss die

Tabelle 3: Korrelationen der Indikatoren untereinander nach Ort (Pearson r)

	Chemnitz	Chemnitz Umland	Dresden	Dresden Umland	Leipzig	Leipzig Umland
Überfremdung BRD/ Überfremdung Wohngegend	.61	.31	.60	.42	.49	.35
Überfremdung BRD/ Muslim- Zuwanderung	.59	.51	.65	.54	.54	.55
Überfremdung Wohngegend/Muslim- Zuwanderung	.52	.29	.63	.32	.42	.26
Überfremdung BRD/ Problem (offene Frage)	.17	.23	.40	.27	.15	.25
Überfremdung Wohngegend/ Problem (offene Frage)	.20	.18	.39	.27	.26	.20
Muslim- Zuwanderung/ Problem (offene Frage)	.25	.22	.48	.23	.15	.19
Arithmetisches Mittel	.39	.29	.53	.34	.34	.30

Forderung nach einer Verringerung des Zuzugs von Muslimen daher subjektiv in gewissem Maße logisch erscheinen. Dass die Verringerung in Form eines Verbots jeglichen Zuzugs stattfinden soll, ist jedoch nicht zwingend. Diese Option stellt lediglich eine – radikale – Variante möglicher Optionen dar.

Die Ergebnisse sind in *Tabelle 3* zusammengestellt. Als wichtigstes Ergebnis lässt sich konstatieren: die Korrelationen sind entlang der hier betrachteten Indikatoren bei (nahezu) allen Vergleichen in Dresden am größten. Dies gilt für den Zusammenhang zwischen der Nennung der Asyl-/Flüchtlingsfrage in der offenen Frage und der Wahrnehmung einer „Überfremdung“ der Bundesrepublik ebenso wie für den Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen „Überfremdung“ in der Bundesrepublik und der Forderung nach einem Verbot der Zuwanderung durch Muslime.

Als zweites zeigt sich: die Städte weisen in der Regel engere Zusammenhänge auf als die Umlandregionen. Doch dies trifft nicht bei allen Fragen gleichermaßen zu. Die Unterschiede sind dort am größten, wo die Frage nach der „Überfremdung“ in der eigenen Wohngegend mit anderen Fragen in Beziehung gesetzt wird. Nur in diesen Fällen liegen die Korrelationen in den eher ländlich, kleinstädtisch strukturierten Gegenden beträchtlich niedriger als in Dresden, Chemnitz und Leipzig. Dies könnte, im Zusammenhang mit den Unterschieden in der Verbreitung der Wahrnehmung von „Überfremdung“, ein Hinweis dafür sein, dass hier die Wahrnehmung von

„Überfremdung“ in der Bundesrepublik weniger durch die Wahrnehmung in der eigenen Wohnungsbau beeinflusst wird als in den größeren Städten. Sie könnte stärker losgelöst sein von eigenen Alltagserfahrungen.

Als drittes zeigt sich: in den Umlandregionen liegen die Korrelationen meist niedriger als in den drei Städten. Am wenigsten ist dies der Fall im Umland von Dresden. Die Werte liegen zwar unter denen von Dresden, aber sie ähneln denen von Leipzig oder übertreffen sie sogar. Womöglich liegt ein Grund darin, dass es sich um das Einzugsgebiet für PEGIDA-Kundgebungen in Dresden handelt und einen Personenkreis, der sich in der Vergangenheit ebenfalls vor die Frage gestellt sah, in Dresden an PEGIDA-Kundgebungen teilzunehmen oder der dies bereits getan hat. Die Flüchtlingsfrage könnte bei ihnen in der Vergangenheit daher einen fast ähnlich hohen Stellenwert in der Alltagsdiskussion eingenommen haben oder noch einnehmen wie in Dresden³⁶ – mit der Folge, dass die kognitive Mobilisierung zum Thema Ausländer/Flüchtlinge ausgeprägter ist als in den anderen, eher ländlich, kleinstädtisch strukturierten Regionen der anderen Bezirke.

³⁶ Eine gewisse regionale Analogie erfährt dies auch in der Dichte der Facebook-Kommunikation im Internet im Zusammenhang mit PEGIDA (vgl. Pleul und Scharf 2016). Je größer die Kommunikation über Flüchtlinge und Ausländer, desto eher dürften Fragen des Ausländer- und Flüchtlingszuzugs ein Thema sein. Aus dieser Sicht ist die Zentralität des Themas in einer Region ein möglicher Grund dafür, dass sich eine issuespezifische Auskristallisation ereignet.

6. Diskussion und Schlussfolgerungen

Welche Implikationen haben die Befunde unserer Untersuchung? In der Öffentlichkeit gilt Sachsen oft als Bundesland, in dem die Ausländerfeindlichkeit besonders weit verbreitet ist. Doch die Wirklichkeit ist komplizierter. Legt man die Einstellungen der Bürger zugrunde, so ergeben sich beim Vergleich des „Sachsen Monitors“ mit den bundesweiten „Mitte-Studien“ des Leipziger Forschungsgruppe für die hier betrachteten Indikatoren mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Gewiss kann nicht ausgeschlossen werden, dass Unterschiede im Befragungsmodus Unterschiede auf der Einstellungsebene partiell überlagern. Aber die Effekte dürften nicht so groß sein, um ein grundlegend anderes Bild zu bewirken.

Hinweise dafür, dass die Sachsen so abweichend gar nicht sind, wie oft angenommen, lassen sich nämlich auch Erhebungen entnehmen, die sich auf identische Befragungsverfahren stützen. Dabei kommt es auf den Vergleichsmaßstab an. Wo Vergleiche mit der Bundesrepublik als Ganzes – und damit primär mit den Westdeutschen – angestellt werden, treten des Öfteren Unterschiede im Grad der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtspopulismus zutage (vgl. u.a. Beckmann und Krause 2012: 15, SVR-Forschungsbereich 2018: 25). Bei Vergleichen jedoch, die sich auf Ostdeutschland beziehen, sind die Unterschiede reduziert oder aufgehoben (vgl. u.a. Decker et al. 2016: 50, Yendell 2016: 121). So gibt es z.B. auf der Basis des „European Social Survey“ keinen Hinweis dafür, dass sich Sachsen in der Zeit der PEGIDA-Entstehung durch eine größere Verbreitung ausländerfeindlicher Orientierungen auszeichnete als die anderen ostdeutschen Bundesländer (Reuband 2017a).

Mit anderen Worten: was oft als spezifisch für Sachsen erscheint, ist eher typisch für die ostdeutschen Länder insgesamt. Natürlich ist es denkbar, dass die Unterschiede zwischen Sachsen und den übrigen Teilen der Bundesrepublik weniger auf der Einstellungs- als der Handlungsebene existieren: dass Ressentiments gegenüber Ausländern und Ausländerfeindlichkeit eher ausagiert werden, von den Bürgern eher im Alltag gezeigt oder geäußert werden. Aber dafür gibt es keine hinreichenden Belege: die Unterschiede zwischen Sachsen und der Bundesrepublik sind im Erleben von Diskriminierung auf Seiten von Personen mit Migrationshintergrund gering. So gaben 2017 36 % der Befragten mit Migrationshintergrund in Sachsen an, entsprechende Erfahrungen gemacht zu haben. In der Bundesrepublik waren es mit 32 % nahezu gleich viele (SVR-Forschungsbereich 2018: 20).

Wie sehr sich die Situation für einzelne ethnische Gruppen womöglich unterschiedlich darstellt – etwa für Flüchtlinge aus islamischen Ländern – und/oder auf der Ebene von Personen, die der ersten oder zweiten Migrantengeneration angehören, und in welcher Form die Diskriminierung erfahren wird, war kein Gegenstand der Auswertung. Desgleichen ist es eine offene Frage, wie sehr die Diskriminierung von den Betroffenen überhaupt wahrgenommen und als solche gedeutet wird. Negative Kommentare auf Deutsch werden von Ausländern ohne Deutschkenntnisse nicht in ihrem Bedeutungsgehalt realisiert (es sei denn am Ton, mit der sie vorgetragen werden). Umgekehrt gilt, dass derjenige, der Diskriminierung erwartet, für Anzeichen von Diskriminierung besonders sensibilisiert ist, womöglich auch etwas als solche deutet, das einen anderen Sinn hat.³⁷

Die Tatsache, dass die Unterschiede zwischen Sachsen und der Bundesrepublik als Ganzes bzw. den anderen ostdeutschen Ländern beim Themenkomplex „Ausländer“ allenfalls gradueller Natur sind, schließt andererseits jedoch nicht aus, dass bei anderen politischen Themen die Unterschiede größer sein könnten und sich z.T. daraus auch ein Teil der Dynamik für die AfD-Wahlerfolge und PEGIDA speist (vgl. zur Politikorientierung im Ländervergleich Pickel et al. 2016: 20ff.). Aus Umfragen unter PEGIDA-Teilnehmern ist bekannt, dass der Protest über die Asylthematik hinaus durch eine generelle politische Unzufriedenheit mit geprägt ist (vgl. Vorländer et al. 2016, Geiges et al. 2016, Patzelt 2016, Reuband 2017a, 2018).

Was den speziellen Fall Dresden angeht, so ließ sich in den hier analysierten Daten keine Besonderheit Dresdens feststellen, welches diese Stadt zu einem Hauptort des PEGIDA-Protests hätte werden lassen. Desgleichen war auch in Chemnitz kein Muster zu erkennen, dass so eindeutig ist, dass man Proteste im Zusammenhang mit den Ereignissen im Herbst 2018 als selbstverständlich hätte erwarten können. Zwar wurde die AfD etwas häufiger gewählt als in Dresden und Leipzig, auch glaubten die Befragten häufiger an eine „Überfremdung“ durch Ausländer. Aber gegen ein Verbot des Zuzugs von Muslimen sprachen sich genauso viele aus wie in den beiden anderen Städten.

Weitaus bedeutsamer als die Unterschiede zwischen den Städten Dresden, Chemnitz und Leipzig sind die Unterschiede zwischen den Städten und ihrem Um-

³⁷ Dies spricht dafür, Diskriminierungserfahrungen in Umfragen generell nicht global, sondern differenziert je nach Erfahrungsbereich konkret zu erfragen.

land. Wobei die größere Neigung zur Wahl der AfD und die stärker ausländer- und muslimfeindlichen Tendenzen im eher ländlich, kleinstädtisch strukturierten Raum anzutreffen sind. Zwischen 2016 und 2018 scheinen die Unterschiede – weiteren Analysen von uns zufolge – z.T. sogar noch zugenommen zu haben: Während in Dresden, Leipzig und Chemnitz die Werte 2018 unter denen von 2016 liegen (wobei es sich nicht immer um eine lineare Entwicklung handelt), hat sich in dem Umland von Dresden und von Chemnitz eine kontinuierliche Steigerung der ausländerfeindlichen Orientierungen vollzogen. Der Kontrast zwischen Zentrum und Peripherie ist gestiegen. Nur in Leipzig-Land findet sich keine vergleichbare Entwicklung, sie ähnelt im Zeitverlauf der Entwicklung in Leipzig-Stadt.³⁸

Warum gibt es keine Korrespondenz zwischen dem Vorkommen von Massenprotest und Einstellungen zu Ausländern/Muslimen auf regionaler Ebene? Warum zeichnet sich Dresden als Ort des Protests von PEGIDA nicht durch eine überproportional hohe Ausländerfeindlichkeit aus? Für öffentlichen Protest – wie den von PEGIDA – sind vermutlich andere Faktoren weitaus bedeutsamer als die Einstellungen der Bürger am Ort des Geschehens. Protest in Dresden abzuhalten ist aus Sicht der Organisatoren strategisch günstig: schließlich ist Dresden nicht nur Landeshauptstadt, sondern auch eine Stadt mit hoher symbolischer Bedeutung und Sichtbarkeit. Sie bietet sich als eine Art Bühne an. Protest hier durchzuführen, garantiert Öffentlichkeit (vgl. Reuband 2016: 167, Rehberg 2016: 38). Und umso mehr können auch Personen aus dem Umland zur Teilnahme motiviert werden, die mit der Politik und der Handhabung der Asylfrage unzufrieden sind.

Desgleichen dürften die Ereignisse in Chemnitz sich nicht allein auf die Mentalität und Einstellungen der Chemnitzer zurückführen lassen. Der Massenprotest vom Herbst 2018, aus Anlass des Todes eines Chemnitzers durch einen Asylbewerber, ist nach Meinung mancher Beobachter maßgeblich auch der Tatsache geschuldet, das von mehreren Akteuren aus dem rechten Spektrum, einschl. der Fußball-Hooligans,

³⁸ Zustimmende Antworten in der Jahresfolge 2016-2017-2018 liegen bei der Frage nach der Überfremdung in der Bundesrepublik: in Dresden bei 48 %-43 %-31 %, in Chemnitz bei 65 %-67 %-62 %, in Leipzig bei 50 %-50 %-22 %, in Dresden-Umland bei 59 %-65 %-74 %, in Chemnitz-Umland bei 63 %-66 %-73 %, in Leipzig-Umland bei 76 %-55 %-61 %. Bei der Frage nach dem Verbot einer Zuwanderung von Muslimen: in Dresden bei 37 %-17 %-29 %, in Chemnitz bei 40 %-22 %-36 %, in Leipzig bei 37 %-39 %-22 %, in Dresden-Umland bei 44 %-53 %-61 %, in Chemnitz-Umland bei 37 %-49 %-51 %, in Leipzig-Umland bei 60 %-41 %-43 %.

auf bestehende soziale Netzwerke – auch von außerhalb der Stadt – zurückgegriffen werden konnte und dadurch eine kurzfristige Mobilisierung in größerem Stil möglich wurde (vgl. Lutz 2018)

Natürlich unterliegen unsere Befunde und Analysen, wie andere Studien auch, in gewissem Umfang auch methodischen Beschränkungen. So mussten beim Vergleich mit bundesweiten Daten Unterschiede in der Fragenadministration der face-to-face-Interviews in Kauf genommen werden (mit bzw. ohne schriftlichen Befragungsteil). Und im Fall des innersächsischen Vergleichs musste man sich damit arrangieren, dass die Stichprobe des „Sachsen Monitors“ auf der regionaler Ebene nicht immer optimal ist, die soziale Zusammensetzung der Befragten partiell Verzerrungen unterliegt. Ob diese jedoch so gravierend sind, dass sie ein anderes Bild vermitteln als es der Realität entspricht, muss bezweifelt werden.

Für Dresden liegt als Vergleichsmöglichkeit eine Telefonumfrage mit zufallsgenerierten Festnetznummern vom Juni 2015 mit 202 Befragten vor.³⁹ Deren Ergebnisse sind insgesamt eher geeignet, die Befunde aus dem „Sachsen Monitor“ für Dresden zu bestätigen als sie in Frage zu stellen. In der Dresden-Umfrage von Stefan Fehser vom Juni 2015 stimmten der Aussage über ein Zuwanderungsverbot für Muslime 9 % der Befragten entweder „voll und ganz“ oder „eher“ zu, weitere 12 % äußerten ein „teils-teils“. Fasst man die drei Antwortkategorien zusammen, ergibt sich ein Anteil von 21 % (Fehser et al. 2016: 11). Dieser ähnelt dem in unserer Untersuchung ermittelten Anteil von 28 %. Dass er im „Sachsen Monitor“ etwas höher liegt, dürfte neben etwaigen Effekten des Befragungsverfahrens⁴⁰ vor allem den Ereignissen in der Zwischenzeit geschuldet sein: insbesondere den gestiegenen Flüchtlingszahlen und Vorkommnissen im Zusammenhang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern (wie der „Silvesternacht“ in Köln).

³⁹ Es handelt sich um ein Subsample der Umfrage. Die Umfrage selbst weist größere Befragtenzahlen auf. Dass der bei lokalen Umfragen übliche Verzicht auf die Einbeziehung von Mobilfunkanschlüssen (diese gibt es nicht auf lokaler Ebene) zu Verzerrungen insbesondere im Segment der jüngeren Bevölkerung führt, ist zwar anzunehmen. Doch dürften die Auswirkungen zur Zeit der Erhebung nicht allzu groß gewesen sein (dazu vgl. Reuband 2014).

⁴⁰ Dass Telefonbefragungen die Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit im Vergleich zu face-to-face-Befragungen mit oder ohne schriftlichen Befragungsteil unterschätzen, ist wahrscheinlich (vgl. Anm 26). Ob dies auch für Umfragen gilt, die von der Universität am Wohnort des Befragten aus durchgeführt werden oder ob hier nicht eine Art Bonus-Effekt zum Tragen kommt, ist eine offene Frage.

Regionale Unterschiede müssen nicht nur auf der Ebene der Verbreitung von Einstellungen bestehen, es kann sie (was bislang kein Gegenstand empirischer Forschung war) auch geben auf der Ebene der Einstellungsstrukturen. Die vorliegende Analyse erbrachte Hinweise für die Existenz von „issue publics“ auf regionaler Ebene. So waren in Dresden die Korrelationen zwischen den Bestandteilen des „belief systems“ zum Thema Flüchtlinge/Asylbewerber stärker als anderswo, gefolgt vom benachbarten Einzugsgebiet von PEGIDA-Teilnehmern, dem Umland von Dresden.

Wie sehr sich die Zusammenhänge auf der Ebene der Einstellungsstrukturen in dem Maße wieder abschwächen, wie das Ausländer- und Flüchtlingsthema an Bedeutung verliert und keinen Gegenstand mehr der Alltagsdiskussion bildet, ist eine andere, bislang nicht näher erforschte Frage. Desgleichen ist es eine offene Frage, wie sehr eine erhöhte Konsistenz auf der Einstellungsebene mit Prozessen der Polarisierung einhergeht und wie sich dies auf der Bewusstseins- und Handlungsebene auswirkt.

Literatur

- Andrews, F.M., J.N. Morgan, J.A. Sonquist und I. Klem (1975): Multiple classification analysis. A report on a computer program for multiple regression using categorical predictors. 2. Aufl. Ann Arbor, Michigan: University of Michigan.
- Backes, U. (2016): Politisch motivierte Gewalt in Sachsen, in: G. Pickel und O. Decker, Hrsg., Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme. Leipzig: Edition Leipzig, S. 27-37.
- Beckmann, L. unter Mitarbeit von D. Krause (2012): Expertise Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen 2008-2011 (im Vergleich zu 2002-2005) im Rahmen der Evaluation des Programms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“. Bielefeld: Universität Bielefeld.
- Brandstätter, M. (2007): Die sächsische NPD. Politische Struktur und gesellschaftliche Verwurzelung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, S. 349-367.
- Converse, P. E. (1964): The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: D.E. Apter, Hrsg., Ideology and Discontent. New York, S. 206-261.
- Decker, O., J. Kiess, E. Eggers und E. Brähler (2016): Die „Mitte“ Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: O. Decker, J. Kiess und E. Brähler, Hrsg., Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Gießen, 2. Aufl.: Psychosozial Verlag, S. 23-66.
- Decker, O. (2018), J. Kiess, J. Schuler, B. Handke und E. Brähler: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, O. und E. Brähler, Hrsg., Flucht ins Autoritäre. Gießen: Psychosozial Verlag, S. 65-116.
- Der Tagesspiegel Online (2018): Wie rechts ist die Stadt? 02.09.2018.
- Donsbach, W. und C. Förster (2010): Die Sachsen im wiedervereinigten Deutschland. Erfahrungen und Einstellungen auf der Grundlage von 20 Jahren demoskopischer Forschung. Dresden: TUD Press.
- Fehser, S. (2015): Eine gesplittete Stadt. Positionen der Dresdner Bevölkerung zum Thema Asyl. Dresden: Kulturbüro Sachsen e.V.
- Geiges, I., S. Marg und F. Walter (2016): PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft. Bielefeld: Transcript.
- Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (2010): Rechtsextreme Strukturen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden. Bielefeld: Universität Bielefeld.
- Jagodzinski, W., S. Kühnel und P. Schmidt (1987): Is there a „socratic effect“ in non-experimental panel studies? Consistency of an attitude towards guest workers, in: Sociological Methods and Research, 15, S. 259-302.
- Küpper, B., A. Zick und D. Krause (2015): PEGIDA in den Köpfen. Wie rechtspopulistisch ist Deutschland, in: A. Zick und B. Küpper, Hrsg., Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn: Dietz, S. 21-43.
- Kurtenbach, S. (2018): Ausgrenzung Geflüchteter. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Bautzen. Wiesbaden: Springer VS Verlag.
- Lazarsfeld, P.F., B. Berelson, B. und H. Gaudet (1968): The people's choice. New York und London: Columbia University Press [zuerst 1944].
- Lutz, M. (2018): Wie die Mobilisierung der Hooligans funktionierte, in: Die Welt Online, 30.08.2018 (<https://www.welt.de/sport/fussball/plus181365216/Chemnitz-Wie-die-Mobilisierung-der-Hooligans-funktionierte.html>; Zugriff 03.12.2018).
- Moritz, T. und T. Straud (2017): Rechtsaußen, mittendrin, in: H. Kleffner und M. Meisner, Hrsg., Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 57-70.

- Pickel, G. (2016): Eine sächsische politische Kultur des Extremismus?, in: G. Pickel und O. Decker, Hrsg., Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme. Leipzig: Edition Leipzig, S. 16-26.
- Pleul, C. und S. Scarf (2016): Pegidas Entwicklung auf der Strasse und im Netz, in: W. Patzelt und J. Klose, Hrsg., Pegida. Warnsignale aus Dresden. Dresden: Thelem, S. 295-368.
- Quent, M. (2016): Rechte Gewalt in Sachsen: Lokale Unterschiede, in: G. Pickel und O. Decker, Hrsg., Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme. Leipzig: Edition Leipzig, S. 74-85.
- Patzelt, W. (2016): Wer sind und wie denken Pegidiane?, in: W. Patzelt und J. Klose, Hrsg., Pegida. Warnsignale aus Dresden. Dresden: Thelem, S. 149-294.
- Rehberg, K.-S. (2016): Dresden-Szenen. Eine einleitende Situationsbeschreibung, in: K.S. Rehberg, F. Kunz und T. Schlinzig, Hrsg., PEGIDA. - Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und 'Wende'-Enttäuschung? Forschungen, Deutungen und Ausblicke. Bielefeld: Transcript, S.15-50.
- Reuband, K.-H. (1991): Bekundete und reale Offenheit im Interview. Eine empirische Analyse des Zusammenhangs von Verweigerungshaltung und Antwortverhalten, in: Planung und Analyse, 18, S. 49-51.
- Reuband, K.-H. (2014): Vom Festnetz zum Mobiltelefon. Veränderungen im Kommunikationsverhalten und öffentliche Sichtbarkeit, in: Stadtforschung und Statistik. Zeitschrift des Verbandes deutscher Städtestatistiker, Heft 2, S. 51-55.
- Reuband, K.-H. (2015): Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 21, S. 133-143.
- Reuband, K.-H. (2016): Außenseiter oder Repräsentanten der Mehrheit? Selbst- und Fremdwahrnehmung der Teilnehmer von Pegida Kundgebungen, in: K.-S. Rehberg, F. Kunz und T. Schlinzig, Hrsg., PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und 'Wende'-Enttäuschung? Forschungen, Deutungen und Ausblicke. Bielefeld: Transcript, S. 165-187.
- Reuband, K.-H. (2017a): Pegida, Sachsen und die Fremdenfeindlichkeit. Warum es komplexerer und regionalspezifischer Analysen bedarf, in: Forschungsjournal soziale Bewegungen, Heft 1, S. 101-106.
- Reuband, K.-H. (2017b): Die Dynamik des Pegida Protests. Der Einfluss von Ereignissen und bewegungsspezifischer Mobilisierung auf Teilnehmerzahlen und Teilnehmerzusammensetzung, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 23, S. 112-130.
- Reuband, K.-H. (2018): Motive des Pegida-Protests: Verbreitung, Struktur und Entwicklung unter dem Einfluss der „Flüchtlingskrise“, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 24, S. 90-100.
- Reuband, K.-H. (2019): Wie ausländerfeindlich ist Dresden? , in: K.-H. Reuband, Hrsg., Mythos Dresden? (Arbeitstitel). Dresden: Thelem Verlag (erscheint demnächst).
- Rippl, S. u.a. (2016): Pegida & Co. - Erste Ergebnisse einer Telefonumfrage in Chemnitz. Erklärungsansätze und erste Befunde. Working Paper. Chemnitz.
- Sächsischer Ausländerbeauftragter (2018): Jahresbericht 2017. Dresden: Sächsischer Ausländerbeauftragter.
- Schöppner, K.-P. und M.Sagurna (1995): Sächsische Meinungsbilder. Die Ersten Jahre Freistaat Sachsen im Spiegel der Demoskopie. Dresden.
- Spier, T. (2007): Regionale Varianz bei der Wahl der NPD in Sachsen. Eine wahlökologische Untersuchung zur Landtagswahl 2004 in Sachsen, in: U. Backes und H. Steglich, Hrsg., Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremen Partei. Baden-Baden: Nomos , S. 75-102.
- Stadt Leipzig (2016): Kommunale Bürgerumfrage 2016. Ergebnisbericht. Leipzig: Amt für Statistik und Wahlen.
- SVR-Forschungsbereich (2018): Integration in Sachsen. Sonderauswertung des SVR-Integrationsbarometers 2018. Berlin.
- Vorländer, H., M. Herold und S. Schäller (2016): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden: Springer VS.
- Yendell, A und O. Decker (2016): Urbane Gewalt von links und rechts in der Stadt Leipzig, in: G. Pickel und O. Decker, Hrsg., Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme. Leipzig: Edition Leipzig, S. 60-69.
- Yendell, A. (2016): Islamfeindlichkeit und negative Haltungen gegenüber Muslimen, dort wo kaum Muslime leben – einige Fakten und Erklärungsversuche, in: G. Pickel und O. Decker, Hrsg., Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme. Leipzig: Edition Leipzig, S. 119-129.